

Es gilt das gesprochene Wort

Rede zum Haushalt 2016 – CDU – Tobias Elshoff

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, verehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates, meine Damen und Herren,

der Haushalt 2016 wurde von der Bürgermeisterin und dem Kämmerer gut und realistisch aufgestellt. So stehen den Erträgen von ca. 16 Mio. Euro Aufwendungen in Höhe von ca. 17 Mio. Euro gegenüber, so dass wir mit einem Fehlbetrag von ca. 1,2 Mio. Euro aus dem Haushaltsjahr 2016 gehen.

In den vergangenen Jahren ist es der Verwaltung meistens gelungen, den geplanten Verlust einzugrenzen bzw. - wie im Abschluss 2014 - sogar ins Positive zu drehen. Auch hier hoffen wir, dass dieses auch im kommenden Jahr wieder gelingen wird.

Der gewählte Weg der konservativen Einschätzung auf der Einnahmeseite, hier sei die Gewerbesteuer mit geplanten Erträgen von 3,4 Mio. Euro als Beispiel genannt, ist richtig und findet die volle Unterstützung der CDU-Fraktion.

Die guten Steuereinnahmen führen aber dazu, dass die Schlüsselzuweisungen des Landes sinken, was auch auf den ersten Blick nachvollziehbar ist.

Das Land mit seiner rot-grünen-Regierung behandelt die ländlichen Regionen aber weiterhin, trotz aller Klagen und Mahnungen, zweitklassig. Leider ist hier wohl mit keiner Änderung zu rechnen, so dass man hier nur das Jahr 2017 herbeisehen kann, in der Hoffnung, dass diese Landesregierung abgelöst wird.

Auf der Aufwandsseite schlägt die Kreisumlage mit 5,4 Mio € zu Buche. Im Kreistag wird über die Unterstützung des Borghorster Krankenhauses diskutiert. Dieses soll mit 2,5 Mio. Euro unterstützt werden. Das hat zwar in diesem Jahr keine Auswirkung auf die Kreisumlage... oder vielleicht doch? Wäre eine stärkere Senkung der Kreisumlage möglich? Steigt der Kreis in die Finanzierung des Krankenhauses ein, so wird der Kreis seine Ausgleichsrücklage auch bald auf ein Niveau gesenkt haben, welches dann sicherlich dazu führen wird, dass die Kreisumlage wieder steigen wird. Die Kommunen dürfen dann wieder zahlen und werden bei Entscheidungen nicht eingebunden. Alle Kreistagsabgeordneten sollten sich die Frage stellen, wen sie im Kreistag vertreten.

Meine Damen und Herren, ich sehe die Solidarität der kommunalen Familie in Gefahr. Es ist nicht gut, wenn die Verantwortlichen auf Ortsebene nur aus der Zeitung erfahren, was im Kreistag entschieden wird, ohne eine Erklärung zu erhalten. Die fahrlässige Verwendung von Begriffen wie Bürgerschaft, Darlehen und Zuschuss ist gefährlich.

Um es einmal klar zu sagen: Bei einer Bürgschaft fließt erst mal kein Geld. Da das Krankenhaus aber Geld vom Kreis bekommen soll, kann der Begriff ja schon einmal nicht richtig sein. Der Begriff „Darlehen“ ist auch wohl nicht richtig oder erwartet man, dass das Darlehen tatsächlich zurückgezahlt wird?

Ich denke, „Zuschuss“ ist der richtige Begriff, und der sollte dann auch so genannt werden. Das Geld ist weg und da der Kreis keine eigenen Steuer erheben kann, werden die Städte und Gemeinden im Kreis zahlen müssen.

Da diese aber kein Geld haben, und das geht ja nicht nur Nordwalde so, wie man der Presse entnehmen kann, befindet sich die Kreisstadt Steinfurt im Nothaushalt, werden die Bürgerinnen und Bürger zur Kasse gebeten werden müssen. Den Unmut der Bürger bekommen dann aber nicht die Kreistagsmitglieder, sondern die Mitglieder der Gemeinderäte zu spüren.

Es gibt gute Gründe dafür, das Krankenhaus zu erhalten, aber ist es wirklich die Aufgabe des Kreises Steinfurt?

Sollte man sich für einen Zuschuss entscheiden, dann muss man auch so ehrlich sein und sagen, wer es dann bezahlt.

Ein weiteres Beispiel der schwindenden Solidarität wird sich in den nächsten Jahren im Bereich des Kulturforums zeigen. Durch den Austritt von Altenberge und der aufgebrauchten Rücklage ist damit zu rechnen, dass der benötigte Zuschuss weiter steigen wird. Für Nordwalde sind es zurzeit 130.000 €, nach den Wirtschaftsplänen wird sich dieser Wert in den nächsten Jahren in Richtung 200.000 Euro bewegen.

Nordwalde und auch gerade die Schulen profitieren von der Zusammenarbeit gerade mit der Musikschule, aber auch hier muss gesagt sein, dass die Steigerung des Zuschusses nicht so weitergehen kann. Jeder muss seinen Teil zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte beitragen.

Die Gemeinde muss auch weiterhin investieren, um ihr Vermögen zu erhalten. In diesem Jahr werden rund 2 Mio. Euro investiert. Diese Investitionen an den Schulen, Kindertagesstätten, für den Hochwasserschutz, für die Freiwillige Feuerwehr, und für Straßen und Wege, trägt die CDU-Fraktion mit.

Im Bereich der Unterhaltung haben wir bereits im Fachausschuss den Antrag eingebracht, die Erneuerung des Hallenbodens der Wichernhalle um ein Jahr zu verschieben und ihn zeitgleich mit der Erneuerung der Fenster in Angriff zu nehmen.

Am 22.08.2015 wurde die neue Sportanlage eröffnet, allen Beteiligten gilt an dieser Stelle Dank für die geleistete Arbeit. Die Anlage ist ein echter Gewinn für die Sportlerinnen und Sportler in Nordwalde und ein echtes Aushängeschild für die Gemeinde Nordwalde. Im Gegenzug wurde mit der Vermarktung und dem Rückbau des alten Sportgeländes begonnen. Die Verkaufserlöse werden die Liquiditätssituation der Gemeinde verbessern und helfen, die Kassenkredite zurück zu führen. Dies ist auch zwingend notwendig, da die Kassenkredite die größte Gefahr für den Nordwalder Haushalt bei steigenden Zinsen sind.

Die Steuersätze für das Jahr 2016 sollen nicht verändert werden. Dies tragen wir mit. Ebenso sind wir für die Einführung der Zweitwohnungssteuer. In Zeiten knapper Kassen wäre es fahrlässig, diesen Versuch der Einnahmensteigerung - sei es durch direkte Zahlungen oder durch höhere Schlüsselzuweisungen durch steigende Einwohnerzahlen - nicht anzugehen.

Die weitere Planung für das Bürgerzentrum wird im kommenden Jahr fortgesetzt, mit dem heutigen Beschluss zur Bewertungsmatrix ist ein weiterer Schritt getan. In den Ausschüssen haben alle Fraktionen dem Vorschlag der CDU zugestimmt, die Gewichtung noch einmal anzupassen. Vielen Dank dafür.

Die CDU-Fraktion stimmt ebenfalls dem HSK und dem Stellenplan zu. Ich bedanke mich bei der Verwaltung für die Unterstützung während unserer Haushaltsberatungen sowie bei der gesamten Fraktion für die konzentrierten und guten Haushaltsberatungen.

Bis zu diesem Punkt, meine Damen und Herren, war es eine ganz normale Haushaltsrede. Kommen wir nun aber zu einem Punkt, der all unsere Planungen, Prognosen und Vorhaben über den Haufen werfen kann - und was auch diesen Haushalt fast unplanbar macht:

Die Gemeinde Nordwalde hat bis jetzt über 200 Flüchtlinge aufgenommen und sorgt für ihre Unterbringung. Ich möchte mich hier ganz herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde Nordwalde für ihre herausragende Arbeit bedanken. Ihnen und den ehrenamtlichen Bürgern, die sich über den Runden Tisch beteiligen, ist es zu verdanken, dass Nordwalde es bis jetzt geschafft hat, der Situation Herr zu werden.

„Wir schaffen das!“ ist das viel zitierte Motto der Bundeskanzlerin, und ich erkenne ihr Engagement und ihren Einsatz gerade auch auf europäischer Ebene an.

Aber, meine Damen und Herren, wir nähern uns einem Punkt, und manche sagen, er sei bereits überschritten, dass wir es NICHT mehr schaffen.

Was sollen wir überhaupt schaffen?

500 oder mehr Flüchtlinge im nächsten Jahr unterbringen?

Das können wir schaffen, indem wir alle Turnhallen umwandeln, die normale Arbeit der Verwaltung einstellen, alle Projekte auf Eis legen, mehr Personal einstellen, neue Wohncontainer aufbauen und uns um die Haushaltslage und die Finanzen keine Gedanken mehr machen. Dann können wir das schaffen!

Doch schaffen wir es dann auch, den sozialen Frieden zu erhalten? Erhalten wir unser demokratisches System?

Wenn so wie bisher weitergemacht wird - und da spreche ich die Bundespolitik genauso wie die Landespolitik über alle Parteigrenzen hinweg an -, dann habe ich da meine Zweifel.

Es muss endlich etwas passieren, Sonntagsreden bringen uns nicht weiter. Es muss jetzt gehandelt werden, eine Begrenzung der Flüchtlingszahlen muss erreicht werden, und ob man es jetzt Obergrenze oder Kontingente nennt, ist mir vollkommen egal.

Die Zahl der flüchtenden Menschen von jetzt auf gleich zu reduzieren, wird nicht möglich sein, die Grenzen dicht zu machen, ist auch keine Lösung. Aber was kann man jetzt tun?

Die Grünen schlagen eine Erhöhung der Investition für den Bau von Asylbewerberunterkünften auf 1 Mio. Euro vor. Genau das dürfen wir jetzt nicht machen. Wir senden dadurch ein falsches Signal an die Bundes- und Landespolitik.

Die ist zuständig für die Finanzierung, wir können uns das nicht leisten.

Auch die vorgeschlagene Gegenfinanzierung lehnen wir ab. 38.000 Euro aus dem Bereich Hochwasser zu verschieben, um eine Anpassung um 530.000 Euro zu finanzieren, ist keine Gegenfinanzierung und würde, wie in der Vorlage beschrieben, zu einer weiteren Kreditaufnahme führen.

Der Hochwasserschutz muss genauso fortgeführt werden, wie alle anderen Projekte, die wir in Angriff genommen hätten, wenn es keine Flüchtlingswelle geben würde. Ansonsten würde die Stimmung in der Bevölkerung noch schneller kippen.

Die UWG hat beantragt, die Steuersätze zu erhöhen. Hier sehe ich ebenfalls die Gefahr, dass die Bürger bzw. andere Gruppen eine Verknüpfung zur Flüchtlingssituation herstellen könnten. Wir sollten hier die weitere Entwicklung erst einmal abwarten. Und wenn ein Nachtragshaushalt notwendig wird, dann müssen wir erneut überlegen. Die CDU-Fraktion wird sich dann dieser Thematik stellen, lehnt aber eine Steuererhöhung zum jetzigen Zeitpunkt ab.

Die Städte und Gemeinden in Deutschland tragen die Hauptlast der Flüchtlingspolitik und wir helfen gerne, dafür müssen aber die richtigen Rahmenbedingungen gelten.

Es müssen alle Kosten durch Land und Bund übernommen werden. Es ist schon eine Frechheit, dass das Land nun wieder versucht, die Zahlung von Geldern in das Jahr 2017 zu verschieben. Man könnte meinen, dass hier schon der Wahlkampf 2017 vorbereitet wird, um dann das Geld als Wahlgeschenk zu verteilen.

Auch müssen die Kommunen in die Lage versetzt werden, Personal einzustellen, das sich um die flüchtenden Menschen kümmert. Dies darf nicht den Haushalt belasten.

Die Menschen, die keine Chance auf ein Bleiberecht haben, müssen das Land verlassen, der Platz wird für die Menschen benötigt, die vor Krieg und Terror geflohen sind.

Gelingt es nicht, die Zahl zu reduzieren, so werden wir Turnhallen in Notunterkünfte umwandeln und weitere hunderttausende Euro für neue Wohncontainer oder Zelte ausgeben müssen.

Werden die Rahmenbedingungen nicht verbessert, müssen wir die Steuern anheben und weitere Leistungen einschränken, damit wir unseren Haushalt überhaupt noch genehmigt bekommen.

Bis jetzt merkt der Bürger noch keine direkten oder sehr wenige Auswirkungen, aber was passiert, wenn der Schulsport ausfällt?

Seine Anliegen in der Verwaltung nicht mehr bearbeitet werden?

Der Bauhof notwendige Reparaturen nicht mehr durchführen kann?

Die Steuern erhöht werden?

Auf den Spielplätzen oder auf dem Bispinghof Zelte aufgebaut werden müssen?

Wird der Bürger das auch akzeptieren?

Die Mitarbeiter in den Verwaltungen auf Gemeindeebene und wir Kommunalpolitiker müssen die Bundes- und Landespolitik ausbaden und werden im Stich gelassen. Es ist jetzt Zeit, dies deutlich auf allen Ebenen zu sagen und auch nicht auf das eigene Parteibuch zu schauen. Im Interesse des sozialen Friedens sollten nun alle ihren - auch kleinen - Einfluss auf Landes- und Bundesebene nutzen und in Berlin und Düsseldorf dafür sorgen, dass die Situation verbessert wird.

Bereiten wir nicht den Boden für braune Idioten oder der AfD das Feld, unser freiheitliches demokratisches System zu unterwandern.

Nur wenn sich jetzt die Rahmenbedingungen verbessern, und wir alle zusammen und miteinander arbeiten, nur dann können wir das schaffen.

Auch wenn in den Medien die Flüchtlingspolitik schon wieder weniger Beachtung findet, hier und im gesamten Land ist sie weiterhin das Thema, das die Menschen beschäftigt.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass ich es zu schwarz sehe, aber es hilft uns nicht weiter, die Dinge nicht klar anzusprechen. Die Bürger untereinander tun das bereits mehr als deutlich und wir dürfen die Situation nicht unterschätzen.

Noch herrscht eine große Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung. Nutzen wir unseren Einfluss und arbeiten wir auch selbst mit, damit dies so bleibt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche allen Gesundheit und eine besinnliche Weihnachtszeit.